

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 82 (1988)
Heft: 4

Vereinsnachrichten: Aus unseren Vereinigungen : "Die Linke in der Schweiz" - Bericht von einem Gesprächsabend - Zwischenbilanz einer Diskussion

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Die Linke in der Schweiz» – Bericht von einem Gesprächsabend – Zwischenbilanz einer Diskussion

Das NW-Gespräch «Die Linke in der Schweiz nach den Wahlen 1987», das im letzten Januarheft veröffentlicht wurde, hat weiterum Beachtung und, was noch wichtiger ist, auch seine Fortsetzung gefunden. Linke Zeitungen und Zeitschriften haben das Gespräch teilweise wiedergegeben und sich mit ihm bzw. mit dem öffentlichen Leser- und Leserinnen-Abend vom 5. Februar auseinandersetzt – so die «WoZ» am 5. Februar, das «Volksrecht» am 8. Februar, der «Vorwärts» am 18. Februar und die «bresche» am 29. Februar. Unabhängig von diesem Gespräch versuchen noch weitere Gruppierungen, den Zustand der Linken in der Schweiz zu analysieren. Seit einiger Zeit bestehen zum Beispiel in Zürich die «Palmhof-Gruppe», die über die Zukunft der SPS nachdenkt, und eine Gruppe von Genossen aus Poch und SAP, die Thesenpapiere zur Diskussion über eine «grün-alternative Formation» (im folgenden GAF-Papiere genannt) vorlegen (vgl. «WoZ» vom 5. Februar, «bresche» vom 29. Februar). Hinzu kommen eine Diskussionsrunde «Wohin treibt die SPS?» in der «Roten Revue» (1/1988) und eine Forumsdiskussion «Die Zukunft der Linken», die im «Vorwärts» geführt wird. Wenn ich den Versuch einer Zwischenbilanz unternehme, so berichte ich, ausgehend vom NW-Gespräch im Januarheft, vor allem über den Gesprächsabend vom 5. Februar, werfe da und dort aber auch einen Seitenblick auf weiterführende Diskussionsbeiträge der erwähnten Gruppen, Zeitungen und Zeitschriften.

Übereinstimmende Analysen

In der Analyse der verlorenen «Hoffnungswahl» waren sich schon die Teilnehmerin und die Teilnehmer an unserem NW-Gespräch weitgehend einig. Die Stichworte dieser Analyse sind: «Die Linke ist nackt» (Jo Lang), das heißt gesellschaftlich nicht mehr verankert. Es fehlen die «sozialen Netze», wie auch die «Solidarität» fehlt, die solche Netze hervorbringt und von ihnen hervorgebracht wird. Wo solche Netze neu entstehen, verdrängen sie oft die «kulturellen Querverbindungen» (Hansjörg Braunschweig) der alten Arbeiterbewegung: der WWF die «Naturfreunde», der VCS den Arbeiter-Touringclub usw. Es fehlt auch die Kampfbereitschaft der Lohnabhängigen, die durch «Arbeitsfreunden» und «Konkordanzdemokratie» demobilisiert wurden. Der «Wohlstand», den sie diesem System verdanken oder zu verdanken glauben, lässt zum bürgerlich geprägten Massenbewusstsein ein «al-

ternatives Gegenbewusstsein der Solidarität» nicht aufkommen. «Der Opel vor der Gartentür gehört zum Standard» (Monika Stocker). «Der Mangel an Selbstkritik in der traditionellen Arbeiterbewegung» (Thomas Heilmann) ist nicht geeignet, diese Situation grundlegend zu ändern.

Was sich politischer Einflussnahme entzieht, ist der – auf 12 Prozent gesunkene – Anteil der Arbeiter und Arbeiterinnen am Total der Stimmberchtigten. Dieses Faktum liese sich nur korrigieren, wenn die Einführung des Ausländerstimmrechts mehrheitsfähig würde. Offen ist die Frage, wie sich die «neuen lohnabhängigen Sektoren», die keine Nähe zur Arbeiterbewegung empfinden, für deren Postulate ansprechen lassen: die Spitalangestellten, die Verkäuferinnen usw. Wie sollen wir ferner mit jenen Selbständigerwerbenden umgehen, «die heute schlechter gestellt sind als die Arbeiter» (Hansjörg Braunschweig)? Wer nimmt sich der politisch heimatlos gewordenen «Neuen Bauern» an?

In unserem Gespräch noch nicht hinreichend analysiert wurde die weitere Tatsache, dass die Stimmberchtigten tendenziell immer mehr die Personen und immer weniger die Parteien wählen, was wiederum der individuellen Profilierung einzelner Kandidatinnen und Kandidaten Vorschub leistet. Monika Stocker hat dies festgestellt, «ob uns das jetzt passt oder nicht», wogegen Hansjörg Braunschweig am öffentlichen Gesprächsabend fragte: «Wie verträgt sich das eigentlich mit unserem Demokratieverständnis?» Darf dieser Trend von «demokratischen Wahlen» zu «Fernsehwahlen» einfach hingenommen, muss er von der Linken gar nachvollzogen werden? Oder sollen wir (wie Dani Vischer in einem der erwähnten GAF-Papiere) «als Alternative zur sogenannten hochgepriessenen Persönlichkeitsschau auch Auswechselbarkeit» verlangen?

Neue Formationen?

Im NW-Gespräch hat sich als neue Formation ein «grün-alternatives Bündnis» abgezeichnet, das vor allem aus Poch und SAP bestehen würde. Gemeint ist eine programmatische Formation, die sich nicht mehr als Bekenntnis- oder Weltanschauungspartei verstehen würde. Am Gesprächsabend hat Thomas Heilmann diese Position bekräftigt und mit dem Abschied vom «Revolutionsmythos in den westlichen Gesellschaften», ja von der «ideologischen», aus «letzten Wahrheiten» sich herleitenden Partei überhaupt begründet. Jo Lang differenziert: «Ich

bin Sozialist, ich bleibe Sozialist, auch in einem grünen Bündnis. Ich versteh aber, wenn es heute Grün-Alternative gibt, die Zweifel haben am Sozialismus. Mit ihnen möchte ich in einem gemeinsamen organisatorischen Rahmen und ausgehend von einer gemeinsamen politischen Praxis über den Sozialismus diskutieren. Diese Priorität der Praxis ist etwas authentisch Marxistisches.» Die neue Formation soll die besten Kräfte der Frauenbewegung sowie der 68er und der 80er Bewegungen vereinigen. Es ginge diesem Bündnis auch nicht um eine negative Abgrenzung gegenüber der GPS oder der SPS, sondern um den positiven Beitrag, den die hier vereinigten Kräfte aufgrund ihrer eigenen Geschichte leisten könnten. Beispiele eines solchen Zusammenschlusses gibt es heute vor allem in der Innenschweiz. Gesamtschweizerisch steht die neue Formation aber weder programmatisch noch organisatorisch unmittelbar bevor. Vor allem in der Poch gibt es Kräfte, die ihr noch skeptisch gegenüberstehen.

Dass die Grüne Partei zunächst ihre eigene Identität finden will, bevor sie strategische Bündnisse, mit wem auch immer, eingehen möchte, hat sich an unserem Gesprächsabend bestätigt. «Die Grünen denken aber nicht an den grossen grünen Multi, die kleineren Gruppen sind subversiver», meinte Monika Stocker. Ähnlich ist die «Alte Linke», bestehend aus den historischen Parteien SPS und PdA, nicht gewillt, ihre traditionellen Rollen aufzugeben, was jedoch eine engere Zusammenarbeit untereinander sowie mit Grünen und Grün-Alternativen nicht ausschliesst. Hansjörg Braunschweig will sich innerhalb der Sozialdemokratie für diese Öffnung einsetzen. Skeptisch äussert er sich freilich gegenüber der Idee einer rot-grün-violetten oder auch nur linken «Einheitspartei», die das Eigenleben bestehender Parteien zerstören würde. Die PdA wahrt das Erbe einer marxistischen Partei und öffnet sich gleichzeitig den engagierten Christen, denen sie den Dialog und die Zusammenarbeit anbietet. Am 5. Februar hat die Sekretärin der PdA Zürich, Anjuschka Weil, erneut zu diesem Dialog und zur «Sammlung der Kräfte des guten Willens» aufgerufen. In der Solidarität mit den Völkern Nicaragua und Südafrikas sowie im ökologischen Engagement, das in der «christlichen Formulierung die Erhaltung der Schöpfung» heisse, sieht unsere PdA-Genossin erste Schritte einer gemeinsamen Praxis, im «Friedensforum» und im «1.-Mai-Komitee» auf dem Platz Zürich auch schon mögliche organisatorische Formen einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit.

Hansjörg Braunschweig hat am Gesprächsabend Zweifel an der Möglichkeit, nicht an der Wunscharkeit, einer neuen Formation der Neuen Linken geäussert: «Haben wir genügend Zeit, neue Netze zu knüpfen? Wir stehen in ganz heissen Auseinandersetzungen, zum Beispiel um die Atomenergie, um die Fragen bewaffneter Gewalt, um die wachsende Zahl der aus unserer Wirtschaft ‚technologisch herausgespülten‘ Menschen. Haben wir da

noch genügend Zeit, eine Neue Linke zu formieren?» Daran schloss er die Bemerkung an: «Wir reden von einem ‚Gegenbewusstsein‘ gegen das bürgerliche Bewusstsein in diesem Lande. Was aber müssen wir in unserer Erziehungs- und Überzeugungsarbeit noch mehr tun, als was wir in der Vergangenheit versucht haben? Wie müssten wir ferner den Widerstand gegenüber Fehlentwicklungen stärken, vor allem angesichts der Ängste, Unsicherheiten und Verwirrungen, die auch bei uns vorhanden sind?» Thomas Heilmann bestätigt, dass «die Zeit drängt». Der «Immobilismus in der politischen Landschaft» der Schweiz, der im letzten Herbst festgeschrieben worden sei, lasse aber auch wieder Zeit für eine gründliche Vorbereitungsarbeit auf programmatischer Ebene. Für Jo Lang hat die Bildung einer Vertrauensbasis zwischen SAP, Poch und Grün-Alternativen Vorrang vor organisatorischen Fragen. Ursula Knecht machte den Vorschlag, dass alle Gruppierungen des grün-roten Spektrums gemeinsam die «systematische Desinformationskampagne» des politischen Bürgertums ausleuchten sollten, vor der sie je auf ihrem Gebiet (von der Sozialpolitik über die Umweltfrage bis zur Asylpolitik und zur Waffenausfuhr) betroffen seien.

Verbindung von Mikropolitik und Makropolitik

Die am NW-Gespräch Beteiligten sind sich einig, dass Politik nicht nur, aber auch in den staatlichen Institutionen stattfindet. Für Jo Lang bedeutet «verbindliche Politik», dass die Entscheidungsprozesse in den Institutionen mit der «kleinen Politik im Alltag» verbunden werden. «Mikropolitik» in der Gesellschaft und «Makropolitik» im Staat – Begriffe, die Thomas Heilmann in seinem GAF-Papier verwendet – müssten zusammengebracht werden. Auf die Frage, ob es sich lohne, im Parlament zu sein, hält Jo Lang – in Anspielung an den Trans-nuclear-Eclat in der Sitzung des Zuger Gemeinderates vom 19. Januar – die Antwort bereit: «Man kann das Parlament nur verlassen, wenn man drin ist.» Im rot-grünen Spektrum gibt es allerdings auch die Position der «Autonomen», die sich nicht an den Wahlen beteiligen, die politischen Institutionen und Entscheidungsprozesse weitgehend boykottieren und die daran beteiligten Linksparteien als «Reformisten» (dis-)qualifizieren. Diese Position wurde am 5. Februar durch Guy Barrier sehr pointiert vertreten. Ihm hat Jo Lang erwidert, dass SAP, Poch und Grünes Bündnis ihre Kräfte zur Hauptsache für das ausserparlamentarische Engagement einsetzen, dann aber auch versuchten, dieses Engagement «politikfähig» zu machen. Dazu sei das «Parlament in Zeiten, wo sich die Massen nicht bewegen, ein sehr nützliches Instrument». Thomas Heilmann bekennt sich zum «Reformismus», weil er glaubt, dass unsere Gesellschaft sehr tiefgehend «reformiert» werden muss, bevor sich «ein Fenster in antikapitalistische Richtung öffnet». Für Hansjörg Braunschweig ist die Linke wirkungslos in einem «Parlament, das nicht verbunden ist mit der Strasse, mit den Demonstrationen». Nur,

zu diesen grossen Demonstrationen sind wir heute nicht mehr in der Lage. «Wir müssten dazu wieder etwas mehr Phantasie aufbringen oder, wenn wir schon die Phantasie nicht haben, wenigstens zusammenarbeiten.»

Könnte eine analoge «Dialektik» nicht auch zwischen den Parteien links der bürgerlichen Mitte spielen? Hat eine Linkspartei, die in den Exekutiven, vor allem im Bundesrat, mit dem Bürgertum koaliert nicht eine andere Funktion als eine Linkspartei, die eine fundamentale(re) Oppositionsrolle gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat übernehmen kann? Im «Vorwärts» (3. März) bejaht Peter Flubacher diese Frage und zieht daraus die Schlussfolgerung, «dass sich die Sozialdemokratie und die Parteien links davon weniger als Konkurrenten denn als komplementäre Kräfte verstehen sollten».

Vor jeder Strategiefrage stellt sich nun aber die Frage nach den identitätsstiftenden Inhalten im rot-grün-violetten Spektrum. «Das Ziel Nummer 1 sollte sein, dass wir uns in einzelnen Fragen heute treffen könnten», sagte Hansjörg Braunschweig am Gesprächsabend. Er machte den Anwesenden auch den Vorschlag, dass sie sich in ganz konkreten Fragen, zum Beispiel der Ausfuhr von Kriegsmaterial, über alle Parteischranken hinweg engagieren sollten. Wenn ein weiterer Votant, Max Meier, bedauerte, dass «in der ganzen Diskussion in den „Neuen Wegen“ das Wort „Sozialismus“ überhaupt nicht vorkommt», so heisst das jedenfalls nicht, «dass niemand mehr wagt, zu dieser Zielsetzung zu stehen». Die Frage allerdings ist offen, wie wir diese Zielsetzung (neu?) definieren, welche Inhalte wir mit ihr bzw. den einzelnen Schritten des sozialistischen Prozesses verbinden. Im NW-Gespräch und am 5. Februar wurden genannt: Frauenfrage, Solidarität mit der Dritten Welt, Friedenspolitik, «Risikogesellschaft», neue soziale Fragen und Demokratisierung der Wirtschaft. Auf dieses Inhaltliche sollte sich die weitere Fortsetzung unseres Gesprächs konzentrieren.

Die Frauenfrage

Feministische Positionen werden in den am Gespräch vertretenen Parteien gewiss ernster genommen als anderswo. Aber gibt es hier schon einen feministischen Grundkonsens, etwa als Möglichkeit der Einigung über ein gemeinsames «Antidiskriminierungsprogramm»? Sicher gibt es Rivalitäten: Monika Stocker verwahrte sich am 5. Februar dagegen, dass die Frauenbewegung durch die Grüne Alternativen vereinnahmt werde. Es gebe auch «eine Frauenbewegung» in den bürgerlichen Parteien. Nur das dissidente Verhalten dieser Frauen in den Parlamenten ermögliche die heute notwendigen Mehrheiten. Wie dem auch sei, die Zwischenbilanz unseres Gesprächs ist, was die Frauenfrage angeht, dürfte. Die Redaktionskommission der «Neuen Wege» hat darum beschlossen, ein weiteres Gespräch unter dem Titel «Die Linke und die Frauenbewegung» durchzuführen.

Solidarität mit der Dritten Welt

Statt von «Antiimperialismus» rede man heute «vielleicht eher von „Dritteweltpolitik“ oder „Solidaritätspolitik“», sagt Thomas Heilmann im NW-Gespräch. Ich glaube, dass unter uns ein breiter Konsens über das besteht, was diese Begriffe meinen. «Die Solidaritätsbewegung ist an den meisten Orten sehr eng verbunden mit den grünen Bündnissen», bestätigt Jo Lang. Dass in der Dritteweltpolitik eine gemeinsame Praxis des Widerstandes möglich, ja schon wirklich ist, hat auch die Südafrika-Debatte im Nationalrat gezeigt, wo die Grüne Fraktion die linken Apartheidgegner unterstützte. Dieselben Gemeinsamkeiten gab es bei der Abstimmung über den UNO-Beitritt und beim Referendum gegen die letzte Asylrechtsrevision. In seinem GAF-Papier bringt Thomas Heilmann die Interdependenz von Wirtschafts-, Solidaritäts- und Umweltpolitik auf den Punkt: «Wirtschaftspolitik ist hierzulande zum grossen Teil Aussenwirtschaftspolitik, die ihrerseits den Schlüssel zur CH-Aussenpolitik bildet. Ohne Eingehen auf die globalen Zusammenhänge gibt es längerfristig keine ökologische Politik, keine grüne Politik.»

Friedenspolitik

Wie sieht der sozialistische und der ökologische Kampf gegen den schweizerischen Militarismus aus? Diese Frage wurde und wird im Rahmen des Zürcher «Friedensforums» eingehender behandelt. Auch die GSoA-Initiative dürfte uns noch vermehrt Gelegenheit bieten, die Positionen in dieser Frage zu klären. Die «Palmhof-Gruppe» zum Beispiel erörtert zur Zeit die Strategie, «die SPS zur Stimmfreigabe zu bringen» und «beide Positionen» (pro und contra Initiative) «als mit der SPS-Linie vereinbar darzustellen». Dennoch bleibt im Rückblick auf die Nationalratswahlen mit Max Meier zu bedauern, «dass jenes Gebiet, das den Niedergang des Spätkapitalismus kennzeichnet, überhaupt nicht Wahlthema war», dass nämlich im Spätkapitalismus die «welfare society» (Wohlfahrtsgesellschaft) nur auf der Grundlage einer «warfare society» (Kriegsrüstungsgesellschaft) möglich ist. Zu Recht erinnerte Hansjörg Braunschweig aber an die Abstimmungskampagne für das Rüstungsreferendum, die ein halbes Jahr vor den Nationalratswahlen stattfand. «Nicht einmal in dieser Frage haben wir uns durchsetzen können.» Als weiteres konkretes Thema für uns alle erwähnte er das Thema «Waffenausfuhr». Im letzten Jahr ging Kriegsmaterial für über 200 Millionen Franken in die Golfanrainerstaaten, womit sich die Schweiz am Krieg zwischen Iran und Irak bereichert hat. Was sollen wir ferner tun, wenn sich zivile und militärische Forschung nicht mehr auseinanderhalten lassen? Wir brauchen Fachleute, die uns zeigen, was da wirklich gespielt wird.

«Risikogesellschaft»

Was heisst: «Smog macht demokratisch?» fragt Monika Stocker im Anschluss an das Buch «Risiko-

gesellschaft» von Ulrich Beck. In der Umweltpolitik, in der «Demokratisierung der Luftverschmutzung», der «Risiken» überhaupt, liegen nach Thomas Heilmann die «mehrheitsfähigen Themen» der nächsten Jahre. Dazu hörten wir von Ursula Knecht die kritische Gegenfrage: «Wie kann eine solche ‚Risikogesellschaft‘ entstehen, wenn die Risiken permanent geleugnet werden?» Atompolitik und Strassenbaupolitik dürften heute bei den Linksparteien einen nicht weniger zentralen Stellenwert einnehmen als bei den Grünen. Nach Jo Lang geht es um «verbindliche Politik» in dem Sinne, dass sie wieder «Menschen verbindet», und zwar «als wohnende, als arbeitende, als atmende». Was heisst das im Kontext der Bodenrechtsproblematik? Sind es nicht die masslos überhöhten Bodenpreise, die den Gedanken an eine harmonische Einheit von Arbeit, Wohnen und Freizeit gar nicht erst aufkommen lassen? Noch lange nicht ausdiskutiert ist auch unser Widerstand gegen die Biotechnologien.

Neue soziale Fragen

Alterspolitik wird ein um so wichtigeres Thema, je mehr der Bevölkerungsanteil der Betagten und Hochbetagten steigt. Dabei geht es einerseits um die materielle Sicherung des Alters, verbunden mit zahlreichen Einzelfragen (zum Beispiel zivilstandsunabhängige Grundrente, Flexibilisierung des Rentenalters ab 60, Erbringung von Prämien auch in Form eines Erziehungs- oder Betreuungsbonus), andererseits um die immaterielle Sicherung der Betagten gegen Vereinsamung und psychische Verelendung. Auch hier erweist sich die «zunehmende Einsamkeit» als «Kehrseite der fehlenden sozialen Netze» (Hansjörg Braunschweig). Wie «reformieren» wir die «zweite Säule», wo die Pensionskassen schon 170 Milliarden Franken Vermögen verwalteten? Oder streben wir die Eingliederung der «zweiten Säule» in die AHV an? Wie sieht eine linke Sozialpolitik nach der massiven Ablehnung der Mutterschaftsversicherung durch den Schweizer Souverän aus? Welche Modelle hat die Linke für die

Gesundheitsvorsorge anzubieten? Wie sehen wir die weitere Arbeitszeitverkürzung (mit oder ohne vollen Lohnausgleich)? Diese Fragen sind gestellt, aber noch lange nicht beantwortet. Vor allem die Grüne Partei steht nach Monika Stocker an einem sozialpolitischen Anfang. Ganz neue Fragen wie diejenige nach einem garantierten gesellschaftlichen Minimaleinkommen haben wir noch kaum richtig gestellt. Hinzu kommt das fundamentale Problem hinter all diesen Fragen, das Thomas Heilmann in seinem GAF-Papier als «Widerspruch zwischen einer auf Wirtschaftswachstum basierenden Sozialpolitik und den ökologischen Anforderungen» benennt.

Demokratisierung der Wirtschaft

«Wenn es um die Schwierigkeiten der Firma Sulzer oder der BBC geht, dann wissen wir keine Antwort und die Gewerkschaft nicht und der Bundesrat nicht. Die Entscheidungen fallen ja ganz woanders» (Hansjörg Braunschweig). Die Schwierigkeiten werden nicht abnehmen, wie der «Börsenkrach» vom vergangenen Oktober signalisiert. Hinzu kommen «neue technologische Entwicklungen, von denen wir überrollt werden» (Anuschka Weil). Wie aber wird die Linke in der Wirtschaft präsent? Die «Palmhof-Gruppe» diskutiert erneut die Forderung nach der Mitbestimmung auf allen Ebenen der Wirtschaft, während die SAP vor einer Mitbestimmung warnt, die «den Gewerkschaften die Zähne zieht und das Gehirn der Beteiligten mit dem Gift der Unternehmerlogik infiziert» (Jo Lang). Meinen beide dasselbe, wenn sie von Mitbestimmung reden, oder müssen wir die Mitbestimmung tatsächlich durch den «Widerstand im Betrieb» ersetzen, wie Jo Lang meint? Könnte Mitbestimmung ähnlich demobilisierend wirken wie «Arbeitsfrieden» und «Konkordanz»? Gesetzt aber, wir alle wollten die Demokratisierung der Wirtschaft, wie kämen wir – ohne die vermittelnde Phase der Mitbestimmung – zu diesem Ziel?

Willy Spieler

HINWEISE AUF BÜCHER

Christof Mauch/Tobias Brenner: *Für eine Welt ohne Krieg. Otto Umfrid und die Anfänge der Friedensbewegung*. Günter Albert Ulmer Verlag, Schönaich 1987. 172 Seiten, DM 16.80.

Religiös-Soziale dürfen den Verfassern des hier angezeigten Buches dankbar sein, dass sie die Persönlichkeit und das Werk des Stuttgarter Stadtpfarrers Otto Umfrid dem Vergessenwerden entzogen haben. Geboren 1857 in Nürtingen/Württemberg kam der rednerisch und schriftstellerisch reich begabte über das theologische Studium und verschiedene Vikariate auf dem Lande 1890 als Stadtpfarrer nach Stuttgart. Von seinem Vater erbte er eine da-

mals in Deutschland nicht gerne gesehene demokratische Gesinnung. Das theologische Studium vermittelte ihm die historisch-kritische Begegnung mit der Bibel. Seine verschiedenen Vikariate auf der Landschaft liessen ihn die Dürftigkeit des Lebens der Landarbeiter und ihrer Familien erkennen, wie auch seine erste Stadtgemeinde ihm das Elend der Fabrikarbeiterchaft erschloss. Er erkannte bald, dass die Not des Volkes einerseits vom kapitalistischen System verursacht wurde, andererseits aber auch die Folge der militärischen Aufrüsterei nach dem siegreichen Krieg von 1870/71 war. Aufgrund der Reichsgottesbotschaft Jesu, die Otto Umfrid in der Bibel entdeckt hatte, wuchs er